

# LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



## Kooperationsvereinbarung mit dem Landessportbund Hessen unterzeichnet

Die drei kommunalen Spitzenverbände haben mit dem Landessportbund Hessen am 28. August 2012 anlässlich einer Landespressekonferenz in Wiesbaden die Kooperationsvereinbarung „Starker Sport – Starke Städte, Gemeinden und Landkreise“ unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist der weitere Ausbau der bisherigen Kontakte. Die Kooperationspartner versprechen sich von diesem Vorgehen Anregungen und Impulse für die Zusammenarbeit von Kommunen und organisiertem Sport auf allen Ebenen.

Der Landessportbund Hessen betonte die sich durch den demografischen Wandel ergebenden neuen Herausforderungen für den Sport, die eine zielgerichtete Kooperation mit Partnern gerade außerhalb der Sportorganisation erforderlich machen. Der Hessische Landkreistag verdeutlichte die Verantwortung der Landkreise für den organisierten Sport unter anderem in ihrer Eigenschaft als Schulträger. Der Verband erwartet durch die aktuelle Sportkreisreform und die dadurch eintretende Übereinstimmung von Sportkreis und politischem Kreis einen noch engeren fachlichen Austausch und eine stärkere Einbindung der Belange des Sports in die Entscheidungsfindung vor Ort.

Die Kooperationsvereinbarung wurde zuvor von den Gremien des Hessischen Landkreistages positiv aufgenommen. Für die Landkreise von besonderer Bedeutung sind insbesondere die Ausführungen zu den Themenbereichen Sportstätteninfrastruktur, Ehrenamt, Bildung, Gesundheit und Integration. Die Verbandsgremien werden sich nun in den kommenden Monaten mit den Möglichkeiten der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung in den einzelnen Landkreisen befassen.



Präsident des Hessischen Landkreistages  
Landrat Robert Fischbach

Sehr geehrte Leserinnen,  
sehr geehrte Leser,

vor wenigen Wochen hat der Hessische Landkreistag gemeinsam mit den anderen beiden kommunalen Spitzenverbänden eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landessportbund Hessen geschlossen. In diesem Vertrag verabreden die Kooperationspartner eine stärkere Berücksichtigung der Belange des Sportes auf den verschiedenen kommunalen Ebenen. Einzelheiten hierzu finden Sie in dem Leitartikel auf dieser Seite.

Des Weiteren bietet dieser Newsletter aktuelle Informationen zu weiteren, für Hessens Landkreise wichtigen Themen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihr Robert Fischbach

## Inhalt

### AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Asylbewerberleistungen: Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts
- Abbau von Doppelstrukturen sowie eine stärkere Rolle für die Landkreise im Schulsektor gefordert

### KURZ NOTIERT SEITE 03

- Überarbeitete Praktische Arbeitshilfe für SGB II und SGB XII vorgelegt
- Landräte-Seminar in Brüssel
- Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz zu Gast im Rechts- und Europaausschuss
- Novelle des ÖPNV-Gesetzes

### AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen
- Kommunaler Investitionsstau verschärft sich dramatisch

### TERMINE

SEITE 04

## Asylbewerberleistungen: Hessische Landkreise setzen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes konsequent um und erwarten jetzt Finanzierungszusage des Landes

Unmittelbar nachdem der Hessische Sozialminister auf Forderung des Hessischen Landkreistages am 22. August 2012 endlich die notwendigen Vorgehensregelungen erlassen hat, haben die Landkreise mit der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zu den Asylbewerberleistungen begonnen. Damit erhalten die Leistungsberechtigten nun auch in Hessen die vom Verfassungsgericht mit Urteil vom 18. Juli 2012 geforderten erhöhten Leistungen. Rückwirkend zum 1. August 2012 bekommt ein Leistungsberechtigter (Haushaltsvorstand) anstatt bislang rund 225 Euro nunmehr 346 Euro monatlich als Grundleistung ausgezahlt.

Allerdings hat sich das Land nach wie vor nicht dazu geäußert, dass es die mit der Umsetzung des Urteils entstehenden Mehrkosten, die auf ein Volumen von ca. 10 Millionen Euro pro Jahr in Hessen geschätzt werden, übernimmt. Außerdem haben aktuelle Erhebungen nochmals verdeutlicht, dass bereits in den vergangenen Jahren die Gewährung von Leistungen für die Aufnahme

und Unterbringung von Asylbewerbern bei den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten für große Defizite in den Haushalten gesorgt haben. Alleine im Jahr 2011 mussten hierfür bis zu 30 Millionen Euro mehr ausgegeben werden als vom Land erstattet wurden. Enorme Mehrkosten sind bei den Kommunen verblieben, obwohl Bund und Land in der Verantwortung stehen.

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages fordert daher die Hessische Landesregierung nachdrücklich auf, für eine auskömmliche Finanzierung im Bereich der Asylbewerberleistungen zu sorgen und dazu jetzt die notwendigen Neuregelungen im Landesaufnahmegesetz vorzunehmen. Da die Gewährung dieser staatlichen Leistungen von den Landkreisen und kreisfreien Städten nach Weisung durchgeführt wird, liegt die Kostenpflicht ohne Wenn und Aber bei Bund und Land. Deshalb wird erwartet, dass das Land eine umfassende Kostenerstattung gewährt und die Landkreise und kreisfreien Städte nicht zu Ausfallbürgen gemacht werden.

## Abbau von Doppelstrukturen sowie eine stärkere Rolle für die Landkreise im Schulsektor gefordert

Anlässlich der gegenwärtigen politischen Diskussion über die Reform der Schulverwaltung hat der Hessische Landkreistag seine Forderung nach einer sinnvollen und effektiven Aufgabenzusammenlegung von staatlichen Schulämtern und kommunalen Schulträgern erneuert. So wurden am 30. August 2012 in der Anhörung vor dem zuständigen Ausschuss des Landtages eine Entzerrung des Verwaltungsaufbaus sowie der Abbau einer Verwaltungsebene gefordert. Dies hatte der Hessische Landkreistag bereits in seinen Grundsatzpapieren zur Schulpolitik vor zwei Jahren vorgeschlagen. Anstelle der von der Kultusministerin beabsichtigten Errichtung eines neuen Landesschulamtes wird einer Zuordnung bestimmter Aufgabenbereiche der staatlichen Schulämter an die kreisfreien Städte und Landkreise und der damit verbundenen Entbürokratisierung der Vorzug gegeben. Dadurch ließen sich die Dienstwege weiter verkürzen und die Entscheidungen auf der ortsnahesten Ebene bündeln. Der in dem Gesetzentwurf gegenwärtig noch vorgesehenen Einrichtung einer weiteren zentralen Einrichtung wird hingegen eine Absage erteilt. Dadurch wurde nicht, wie in der Politik gelegentlich befürchtet, in die Kultushoheit des Landes eingegriffen, da inhaltliche bildungspolitische Fragen hiervon nicht tangiert würden. Das durch die vom Hessischen Landkreistag vorgeschlagene Verschlinkung eingesparte Geld könnte stattdessen sinnvoller für eine bessere Ausstattung der Schulen eingesetzt werden.



## Überarbeitete Praktische Arbeitshilfe für SGB II und SGB XII vorgelegt

Zu den zentralen Themen des Leistungsrechts nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und dem SGB XII (Sozialhilfe) „Kosten der Unterkunft und Heizung“ sowie „Bildungs- und Teilhabepaket“ legt der Hessische Landkreistag seit einigen Jahren Praktische Arbeitshilfen vor. Diese bieten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Jobcentern und Sozialämtern in Hessen eine wichtige Orientierung und Hilfestellung in der umfangreichen Rechtsmaterie.

Durch die ständige Rechtsprechung sowie durch neue Vorgaben des Gesetzgebers müssen die Arbeitshilfen regelmäßig überarbeitet werden. Seit Juni 2012 liegen daher nunmehr in einer 4. Auflage die Praktische Arbeitshilfe „Kosten der Unterkunft und Heizung in Hessen“ und die 2. Auflage der Praktischen Arbeitshilfe „Bildungs- und Teilhabepaket – Förderung von bedürftigen Kindern in Hessen“ vor. Beide Hilfen wurden vom Sozialausschuss in seiner Sitzung am 28. Juni 2012 beschlossen. Die Praktischen Arbeitshilfen bieten einen einheitlichen hessenweiten Rahmen bei der praktischen Umsetzung dieser zentralen Themen aus dem Leistungsrecht.

## Landräte-Seminar in Brüssel

Zur Vertiefung der im vergangenen Jahr geknüpften Kontakte fand auch das Landräte-Seminar 2012 Anfang September in Brüssel statt. Mit dem Kommissar für Energie, Günther Oettinger, konnten die Auswirkungen der Energiewende auf die kommunalen Ebenen und die Rolle der Landkreise vertieft werden. Die Einbindung kommunaler Interessen in die Arbeit der hessischen Vertreter in Brüssel wurde mit der neu gewählten Hessischen Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Frau Dr. Zsuzsa Breier, dem Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, Herrn Friedrich von Heusinger, und hessischen Europaabgeordneten erörtert.



Beratungen in der Hessischen Landesvertretung

Mit den Vorsitzenden der CDU/CSU- sowie der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament, den Europaabgeordneten Herbert Reul und Dr. Udo Bullmann, wurden wichtige Aspekte vor allem des Vergabe- und Sparkassenrechts vertieft. Ein überaus interessantes Referat des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik im Nordatlantikrat, Herrn Botschafter Martin Erdmann, sowie weitere Arbeitsgespräche rundeten das Programm ab.

## Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz zu Gast im Rechts- und Europaausschuss



Präsident Roland Desch (rechts) mit Ausschussvorsitzendem Landrat Stefan Reuß

Präsident Roland Desch war Gast des Rechts- und Europaausschusses bei seiner Sitzung am 26. Juni 2012 in Limburg. Ziel war die Vertiefung des Dialogs zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz Hessen und dem Hessischen Landkreistag. So bot Präsident Desch neben Beratungen und der Bereitstellung von Informationen auch Hintergrundgespräche sowie die Unterstützung bei der Bewältigung möglicher extremistischer Veranstaltungen an. Auch können über das Landesamt für Verfassungsschutz Ansprechpartner vermittelt und Multiplikatoren geschult werden. Von den verschiedenen Angeboten haben in der jüngsten Vergangenheit bereits zahlreiche Landkreise und Städte und Gemeinden Gebrauch gemacht.

Nach einem regen Austausch dankte der Ausschussvorsitzende dem Präsidenten für seine Teilnahme und sagte den Ausbau der guten Beziehungen zu.

## Novelle des ÖPNV-Gesetzes

Auch wenn der Hessische Landkreistag begrüßt, dass die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf zum ÖPNV einigen Anregungen des Hessischen Landkreistags gefolgt ist, bleiben zentrale Punkte offen. In der Anhörung am 23. August 2012 wies der Hessische Landkreistag daher vor allem auf zwei Aspekte hin: die unzureichende Finanzierung des ÖPNV und die Sicherstellung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese sind in dem Gesetzentwurf nach wie vor nicht zufriedenstellend gelöst

## Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen

Der Deutsche Landkreistag hat den Bund gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit derartiger öffentlicher Kooperationen forderte Präsident Landrat Hans Jörg Duppré eine zügige gesetzliche Klarstellung. „Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch das Vergaberecht oder steuerrechtliche Vorschriften behindert werden.“

Duppré erläuterte, dass die Erfolgsaussichten kommunalen Agierens im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel oder der Entwicklung der ländlichen Räume erheblich von den durch Land und Bund gesetzten Rahmenbedingungen abhängen. Als Negativbeispiel nannte er das Urteil des Bundesfinanzhofes, das die Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand erheblich ausgeweitet habe und dazu führe, dass die interkommunale Zusammenarbeit unter dem Verdacht der Steuerpflichtigkeit stehe.

## Kommunaler Investitionsstau verschärft sich dramatisch

Der Deutsche Landkreistag hat im Rahmen seines jährlichen Berichts zur finanziellen Situation der 295 Landkreise vor dramatisch zurückgehenden öffentlichen Investitionen im kommunalen Bereich gewarnt. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré sprach von einem „gravierenden Investitionsstau, der wesentliche Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge fest im Griff hat.“ Betroffen seien vor allem die Bereiche Kinderbetreuung und Schulen sowie Straßenbau und -erhalt. „Insgesamt reden wir von einem Infrastrukturrückstand der Landkreise von rund 12,5 Mrd. Euro Tendenz steigend.“ Daher müsse schleunigst eine sachliche Diskussion darüber geführt werden, wie dieser Entwicklung seitens Bund und Ländern wirksam entgegengewirkt werden könne.

Am deutlichsten sei der Investitionsstau beim Straßenbau zu beobachten. Dies gelte insbesondere für das Kreisstraßennetz, das mit einem Anteil von ca. 15 % am nationalen Gesamtnetz und rund 40 % am überörtlichen Straßennetz einen wesentlichen Beitrag zur Erschließung der Fläche leistet. „In der Vergangenheit sind es insbesondere die Investitionen in die Kreisstraßen gewesen, die in Zeiten knapper Finanzen als erstes zurückgefahren werden mussten. Gerade aber das Kreisstraßennetz bedarf nach den vergangenen harten Wintern dringend Reparaturen“, führte der DLT-Präsident aus.

Deshalb müsse es um wirkungsvolle Ansätze gehen, um den sich weiter verschärfenden Investitionsstau aufzulösen: „Die Kommunen brauchen dringend wieder finanzielle Spielräume, um ihrer Investitionstätigkeit angemessen nachkommen zu können. Dies ist umso wichtiger, als uns mit dem Breitbandausbau der nächsten Generation bereits ein weiteres Thema ins Haus steht“, mahnte Duppré.

### TERMINE

- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**  
Dienstag, 09.10.2012, 10:00 Uhr, Bad Hersfeld
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**  
Mittwoch, 17.10.2012, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Schul- und Kulturausschuss**  
Dienstag, 30.10.2012, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Bezirksversammlung Mitte**  
Mittwoch, 31.10.2012, 10:00 Uhr, Wetzlar
- **Bezirksversammlung Nord**  
Donnerstag, 01.11.2012, 10:00 Uhr, Bad Hersfeld
- **Bezirksversammlung Süd**  
Donnerstag, 06.11.2012, 9:00 Uhr, Wetteraukreis
- **Sozialausschuss**  
Donnerstag 08.11.2012, 10:00 Uhr, Fulda
- **Präsidium**  
Donnerstag, 22.11.2012, 16:00 Uhr, Wiesbaden
- **Mitgliederversammlung/Jahrestagung**  
Freitag, 23.11.2012, 9:00 Uhr, Wiesbaden
- **Kommunale Jobcenter / KJC (mit Städtetag)**  
Dienstag, 11.12.2012, 10:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer  
Landkreistag

#### IMPRESSUM

**VERANTWORTLICH**  
Direktor Dr. Jan Hilligardt  
(geschäftsführend)  
Direktor Christian Engelhardt

**HERAUSGEBER**  
Hessischer Landkreistag  
Frankfurter Straße 2  
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23  
E-Mail: ries-knauer@hlt.de  
Internet: www.hlt.de

#### KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)  
Melanie Ries-Knauer  
(Öffentlichkeitsarbeit  
und Organisation)

#### ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich  
2.500 Exemplare  
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

#### GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation  
www.muhr-partner.com  
Seerobenstraße 27  
65195 Wiesbaden

#### BILDNACHWEIS

Muhr – Partner für Kommunikation  
(Seite 2)  
Hessischer Landkreistag (Seite 1 und 3)